

## Nachrichten und Mitteilungen

### Nekrolog

#### Nachruf auf Stuart Hall (3. Februar 1932–10. Februar 2014)

Der Soziologe und Kulturtheoretiker Stuart Hall verstarb nach langer Krankheit im Februar dieses Jahres. Es ist vor allem ihm zu verdanken, dass es in der (englischsprachigen) Soziologie und auch in den Geisteswissenschaften zu einem „cultural turn“ kam. Diese kulturelle Wende war bei Hall eingebettet in ein gesellschaftskritisches Denken. Er war nicht nur ein begnadeter akademischer Lehrer, sondern auch einer der wichtigsten Intellektuellen in Großbritannien. So nahm er bis zuletzt publizistisch Stellung zu politischen Problemen und sozialen Konflikten. Wie Charles Wright Mills oder Edward Said verknüpfte er Wissenschaft, Politik und Journalismus in beeindruckender Weise, um in gesellschaftliche Debatten eingreifen zu können.

Hall wurde in Kingston (Jamaica) geboren und kam 1951 mit einem Rhodes-Stipendium nach Oxford, um eine Dissertation zu den Romanen von Henry James zu schreiben. Sein früh entstandenes politisches Interesse führte zu einem Engagement in der New Left der 1950er/60er Jahre und schließlich zu einer Umorientierung in seinen Studien, die aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen und ihre Analyse ins Zentrum rückte. Nach Engagements in der Erwachsenenbildung und beim British Film Institute holte ihn Richard Hoggart 1964 an das von ihm an der Universität Birmingham gegründete Centre for Contemporary Cultural Studies. Als dieser zur Unesco nach Paris ging, wurde Hall dessen Direktor. 1979 folgte er einem Ruf auf eine Professur für Soziologie an der Open University. Dort lehrte er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1998. 1995 bis 1997 war er Präsident der British Sociological Association. Danach engagierte er sich vor allem für Künstler und Künstlerinnen aus postkolonialen Zusammenhängen und gründete als Vorsitzender des Institute of International Visual Arts ein Museum in East London, Rivington Place, das 2007 eröffnet wurde. Zu diesem gehört auch die Stuart Hall Library, die der zeitgenössischen Kunst und dem Werk von britischen Künstlern unterschiedlicher kultureller Herkunft gewidmet ist. Außerdem war Hall einer der Gründer und Herausgeber der Zeitschrift Soundings, die sich mit Politik und Kultur beschäftigt.

Von Anfang an war Hall an kulturellen und kultursoziologischen Fragen orientiert. In seinen zahlreichen Artikeln und in den mit Schülern und Kollegen geschriebenen Büchern untersuchte er die zentrale und konstitutive Bedeutung von Kultur in der Struktur und in der Organisation von Gesellschaften. Zunächst initiierte er in Birmingham eine intensive intellektuelle Auseinandersetzung mit den Arbeiten von Weber, Durkheim, Schütz

und der Tradition des Symbolischen Interaktionismus, die sich dann auch in empirischen Forschungen, z. B. zu Jugendkulturen, niederschlug. Es ging ihm darum, die kulturelle Dimension, die in klassisch marxistischen Ansätzen nur eine untergeordnete Rolle spielte, in ihrer in der Gegenwart wichtiger werdenden gesellschaftlichen Bedeutung zu erfassen. Die Ideologietheorie von Louis Althusser und vor allem die „Gefängnishefte“ von Antonio Gramsci erlaubten es Hall und seinen Mitarbeitern, die kulturelle Verankerung von Herrschaft und Macht zu verstehen und zu analysieren. Da eine kulturelle Hegemonie nie unveränderlich und für alle Zeiten stabil ist, ergeben sich immer auch Möglichkeiten der Intervention (von Intellektuellen), die zu gesellschaftlichen Veränderungen führen können. Hall betrachtete reflexive und herrschaftskritische Analysen als zentrale Aufgabe der von ihm entwickelten Cultural Studies, die zwischen Strukturalismus und Kulturalismus vermitteln sollten. So wurde die Strukturierung von Handlungsmächtigkeit in spezifischen sozialen Kontexten und übergreifenden gesellschaftlichen Konstellationen ein bestimmendes Thema.

Berühmt geworden sind die Studien *Resistance through Rituals. Youth Subcultures in Post-War Britain* (1976), *Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order* (1978) und das *Encoding-Decoding-Modell* (1980), das die Medienforschung soziologisch revolutionierte, weil es erlaubte, die Komplexität von Kommunikationsprozessen theoretisch und empirisch zu erforschen. Am Birmingham Centre wurde auch die Populärkultur, vor allem ihre politische Bedeutung, zum ersten Mal an einer britischen Universität zu einem legitimen Forschungsgegenstand. Hall regte dazu an, Populärkultur, Politik und Alltagsleben als miteinander verschränkt zu betrachten und die in diesem Zusammentreffen sich ereignenden kulturellen Auseinandersetzungen zu untersuchen.

In den 1980er Jahren analysierte Hall eingehend den Aufstieg von Margaret Thatcher, der es vor allem durch mediale Strategien gelang, die öffentliche Meinung für sich einzunehmen und zu prägen. Diese gesteuerte Herstellung eines nationalen Konsenses war in seiner Lesart ein hegemoniales Projekt, für das er den Begriff des Thatcherismus prägte, dessen intendiertes Ziel, so Hall, die Zerstörung oder Umstrukturierung des Wohlfahrtsstaates war. Ebenso vehement kritisierte er später die an Thatcher anschließende neoliberale Politik von Blair und von Cameron.

Seit den 1990er Jahren spielte Halls biographische Verankerung in (post-)kolonialen Zusammenhängen, seine Erfahrungen als „schwarzer Westinder“, wie er sich selbst sah, eine immer wichtigere Rolle in seinen Analysen und Interventionen. Deren charakteristisches Merkmal war ein vehement vertretener Anti-Essentialismus, der jede Suche nach einer ursprünglichen oder essentiellen Bedeutung für abwegig erklärte. Hall zeigte, dass kulturelle Diversität, Pluralität und Hybridität charakteristische Merkmale der globalen Gesellschaft sind. In der heutigen Welt, die durch Migrationsströme gekennzeichnet sei, sei die Diaspora zu einer typischen Erfahrung geworden. Kulturelle Identitäten seien brüchig, fragmentiert und einem ständigen Wandel unterworfen.

Hall bekämpfte mittels subtiler soziologischer Analysen jede Form des Rassismus in Großbritannien, so z. B. in der medialen Berichterstattung. Er wurde dort nie heimisch, kehrte aber auch nicht nach Jamaica zurück, das ihm zunehmend fremd wurde. Seine differenzierten Analysen des Lebens zwischen Kulturen prägten auch seine Arbeiten mit britischen Künstlern, die die Erfahrung der Migration mit ihm teilten. Im letzten Jahr veröffentlichte Stuart Hall zusammen mit Doreen Massey und Michael Rustin *After Neo-*

*liberalism? The Kilburn Manifesto* (2013). Ausgehend von einer Analyse der Finanzkrise in der gegenwärtigen sozialen und politischen Konstellation plädieren sie dafür, die neoliberale Ordnung in Frage zu stellen und Alternativen zum Marktdenken zu entwickeln.

Das Projekt von Stuart Hall war es, gesellschaftliche Probleme zu kontextualisieren, sie zu analysieren und Möglichkeiten zur Intervention bereitzustellen. Kultur war für ihn die Dimension, die Reflexivität sowie Kritik erlaubte und Veränderungen auf den Weg bringen konnte. Dennoch überschätzte er nicht die Rolle des Intellektuellen. Er war sich dessen bewusst, wie wenig sie oft bewirken können. Trotzdem sah er es als seine Pflicht und Aufgabe an, sich hierfür einzusetzen. Er verkörperte eindrucksvoll und unerschütterlich die Einstellung, die Gramsci von Romain Rolland übernommen hatte: Pessimismus des Intellekts, Optimismus des Willens.

Wer Stuart Hall persönlich begegnete, traf einen bescheidenen, einfühlsamen, intellektuell faszinierenden und leidenschaftlichen Gesprächspartner. Zweifellos hatte er eine charismatische Seite, die mir eindringlich 2000 bei einer internationalen Cultural Studies-Konferenz in Birmingham deutlich wurde. Wir betraten zusammen die Aula der Universität, in der er einen Plenarvortrag zur Frage des Multikulturalismus halten sollte. Sie war prall mit Zuhörern gefüllt. Als er durch die Reihen zum Podium ging, erhoben sich ca. 900 Menschen und beklatschten ihn minutenlang. Dieses Jahr wird im Juni in Birmingham eine Feier stattfinden, um an die Gründung des Instituts vor fünfzig Jahren zu erinnern. Eine Videobotschaft von Stuart Hall war angekündigt. Er wird nicht nur dort fehlen. Mit ihm haben wir nicht nur einen von Generationen von Studierenden verehrten akademischen Lehrer, sondern auch einen äußerst engagierten „public intellectual“ verloren, der Soziologie mit politischer Analyse verband und weltweit Menschen bewegte, weil er ihnen half, ihre gesellschaftliche Situation besser zu verstehen, nicht den Mut zu verlieren und „handlungsfähiger“ zu werden.

*Rainer Winter*

## Mitteilungen

### Schader-Preis 2014 für Stephan Leibfried

Professor Dr. Stephan Leibfried (Bremen) erhält den Schader-Preis 2014 in Anerkennung seiner international herausragenden und auch praktisch ambitionierten Verdienste um die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Forschung zum Sozialstaat und zur allgemeinen jüngeren Staatsentwicklung. Der Preis wird am 15. Mai 2014 in Darmstadt verliehen und ist mit einer Preissumme von 15 000 EUR dotiert.

Mit dem Schader-Preis zeichnet die Schader-Stiftung Gesellschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus, die durch ihre wissenschaftliche Arbeit und ihr öffentliches Wirken wichtige Beiträge für die Lösung gesellschaftlicher Probleme geleistet haben. Prof. Dr. Stephan Leibfried erfüllt dieses Profil in ganz besonderem Maße. Der Schader-Preis wird durch den Senat der Schader-Stiftung verliehen. Der Sprecher des Senats, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Franz-Xaver Kaufmann, begründet die Entscheidung für den Bremer Wissenschaftler: „Bemerkenswert im Hinblick auf die Ziele der Schader Stiftung sind

insbesondere Leibfrieds vielfältige Versuche, Brücken in die Praxis zu schlagen, so durch die Initiative für ein Brückenprogramm der Volkswagen-Stiftung, mit dem u. a. Praktiker der Sozialpolitik aus Deutschland und Großbritannien in Kontakt mit der einschlägigen internationalen Forschung gebracht werden sollten. In ähnliche Richtung zielen jüngere Bemühungen, die Ergebnisse universitärer Forschung zur Sozialpolitik den Mitgliedern des Bundessozialgerichts systematisch nahe zu bringen, was 2014 zu einer von Juristen und Sozialwissenschaftlern gemeinsam verfassten Denkschrift zum 60-jährigen Bestehen des Bundessozialgerichts führt. Der deutsche Sozialstaat ist auf kontinuierliche Forschung in vielen Disziplinen der Universitäten angewiesen, wenn seine praktische Weiterentwicklung nicht dem Blindflug überlassen werden soll.

Stephan Leibfrieds Initiative und Energie ist im Wesentlichen die Gründung des „Zentrum für Sozialpolitik“ (ZeS) 1988 an der Universität Bremen zu verdanken. Das ZeS ist eine interdisziplinäre Einrichtung, die Ökonomie, Politik, Soziologie, Sozialmedizin/Gesundheitspolitik umfasst und mittlerweile zu einer international führenden Forschungseinrichtung in der Sozialpolitik und der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung geworden ist. Zahlreiche Forschungsinitiativen – u. a. der soziologisch geprägte Sonderforschungsbereich „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“ (1988–2001) und der politikwissenschaftliche zur „Staatlichkeit im Wandel“ (2003–2014) – sind maßgeblich von Stephan Leibfried in Gang gesetzt und mit Leben erfüllt worden.“

Zu den Arbeitsgebieten von Stephan Leibfried gehören die Armutsforschung, die vergleichende Forschung über die Entwicklung und Probleme von Wohlfahrtsstaaten und die Staatsforschung insgesamt. Aus seinen vielen Veröffentlichungen sei in der Armutsforschung auf Zeit der Armut: Lebensläufe im Sozialstaat (Frankfurt am Main: Suhrkamp 1995, englisch 1999, zusammen mit Lutz Leisering) verwiesen. Für die vergleichende Forschung z. B. auf *Limits to Globalization: Welfare States and the World Economy* (Cambridge: Polity 2005; zusammen mit Elmar Rieger). Leibfried ist Initiator und Mitherausgeber von *The Oxford Handbook of the Welfare State* (Oxford University Press 2010, paperback 2012), das den internationalen Forschungsstand – mit 72 Autoren aus 18 Ländern – systematisch zusammenfasst und großen internationalen Widerhall gefunden hat. Derzeit arbeitet er hauptverantwortlich an der Herausgabe von *The Oxford Handbook of Transformations of the State*, das 2014/2015 erscheinen wird.

Seit 2008 engagiert sich Leibfried auch in wissenschaftspolitischen Debatten, insbesondere durch kritisch-konstruktive Kommentare zur Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder und zu ihrer Weiterführung. Dem entspricht vor Ort, dass er besonders daran mitgewirkt hat, dass sich die Universität Bremen seit 2012 zu den derzeit elf Exzellenzuniversitäten dieser Republik zählen darf.

Der Schader-Preis wird jährlich von der Schader-Stiftung verliehen und ist mit 15 000 Euro dotiert. Die Jury bildet der Senat der Stiftung. Zu den bisherigen Preisträgern zählen unter anderem Jutta Allmendinger (2013), Paul Kirchhof (2012), Jan Philipp Reemtsma (2011), Wolf Lepenies (2010), Lord Ralf Dahrendorf (2009), Klaus von Beyme (2008), Franz-Xaver Kaufmann (2007), Gesine Schwan (2006) und Ulrich Beck (2005).

Die Schader-Stiftung fördert seit 25 Jahren die Gesellschaftswissenschaften. Ihr Anliegen ist es dabei, den Praxisbezug der Gesellschaftswissenschaften und deren Dialog mit der Praxis zu stärken. Die gemeinnützige und unabhängige Schader-Stiftung wurde 1988 von Alois M. Schader in Darmstadt gegründet.

**Berliner Wissenschaftspreis an Bildungssoziologin Heike Solga verliehen, Direktorin am WZB und Professorin der Freien Universität für Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen geehrt**

Die Bildungssoziologin Prof. Dr. Heike Solga vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und der Freien Universität ist mit dem diesjährigen Berliner Wissenschaftspreis des Regierenden Bürgermeisters von Berlin ausgezeichnet worden. Die WZB-Direktorin und Professorin am Institut für Soziologie der Freien Universität erhielt die mit 40 000 € dotierte Ehrung am Mittwochabend im Roten Rathaus in Berlin. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit würdigte Heike Solga mit dem Preis als Persönlichkeit, die in herausragender Weise zu Problemlösungen in Wirtschaft und Gesellschaft beigetragen habe. Die Laudatio hielt der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Günter Stock. Der Nachwuchspreis ging an die Umweltökonomin Jadwiga R. Ziolkowska von der Humboldt-Universität zu Berlin. Wowereit erklärte, beide Preisträgerinnen unterstrichen die Exzellenz der sozialwissenschaftlichen Forschung in Berlin.

Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Arbeit von Heike Solga stehen die Frage nach der Entstehung und Verfestigung sozialer Ungleichheit und die Suche nach bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Gegenmaßnahmen. Die Direktorin der WZB-Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt hat noch zu Zeiten der deutschen Teilung an der Berliner Humboldt-Universität studiert und von 1992 an für viele Jahre am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung gearbeitet. Im Jahr 2005 folgte sie dem Ruf auf eine Professur an der Universität Göttingen; 2008 wechselte sie auf eine Professur am Institut für Soziologie der Freien Universität mit dem Schwerpunkt Arbeit, Arbeitsmarkt und Beschäftigung.

Gastprofessuren führten Heike Solga unter anderem an die amerikanische Yale University und die ETH Zürich. Heike Solga sucht neue Wege für die interdisziplinäre Bildungsforschung und ist in zahlreichen Wissenschaftskooperationen sowie wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Gremien tätig. Die Wissenschaftlerin ist Mitherausgeberin der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“.

## Ankündigungen

### **Gemeinsamer Kongress der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Psychologie und der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie, 14.–20. September 2014, Greifswald**

„Kontexte“ – so lautet das Leitthema des gemeinsamen Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Psychologie und der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie, zu dem ich Sie herzlich für die Zeit vom 17. bis 20.9. 2014 nach Greifswald einladen möchte.

„Kontexte“ – den Titel des Kongresses haben wir ausgewählt, weil er auf ein Gemeinsames von Medizinischer Psychologie und Medizinischer Soziologie verweist – das Denken in bio-psycho-sozialen Zusammenhängen. Es ermöglicht beispielsweise die Erfassung von Risikofaktoren für das Entstehen von Krankheit, die aus den lebensweltlichen wie individuellen Voraussetzungen des Betroffenen stammen. Solche Kontextbedingungen sind nicht nur ätiologisch bedeutsam, sondern bestimmen auch das therapeutisch-interventionelle Handeln. So ist die Entwicklung präventiver Maßnahmen zur Gesundheitsförderung ohne Kontextberücksichtigung nicht denkbar. Auch in der Lehre bemühen sich beide Fächer um die Kontexterfassung. Anamnese und partizipative Entscheidungsfindung als Kernelemente der ärztlichen Gesprächsführung, die in der Medizinischen Psychologie vermittelt wird, sind ein gutes Beispiel hierfür.

„Kontexte“ – im Bereich der Forschung ist das Herstellen von Zusammenhängen essentiell. Es verhindert eine Fragmentierung von Wissen mit ihren Folgen, dass Alles von Nichts gewusst wird. Um dem entgegenzuwirken, braucht es den kollegialen Austausch gerade und vor allem in unseren Fächern. Speziell die Medizinische Psychologie ist gekennzeichnet durch eine sehr lebendige und heterogene Forschungslandschaft, die Wissen aus verschiedenen Perspektiven und auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen generiert. Im gemeinsamen Diskurs ist es möglich, Ergebnisse miteinander zu verknüpfen und wechselseitige Bezüge herzustellen. Die Kontextualisierung von Forschungsergebnissen schafft neue Erkenntnisse und sicher Anregungen für neue und spannende Forschungsthemen.

„Kontexte“ – mit dem Kongress unter diesem Titel möchten wir Sie einladen, unter dieser „Weitwinkelperspektive“ miteinander ins Gespräch zu kommen. Die Weite des norddeutschen Raumes und der Blick auf das Meer mögen in dieser Hinsicht zusätzlich inspirierend wirken.

### **„Routinen der Krise – Krise der Routinen“, Themenpapier zum 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 6.–10. Oktober 2014, Trier**

**I. Zeiten der Krise.** Wir leben in Krisenzeiten und Krisendiagnosen sind allgegenwärtig. Die Liste konstatierter Krisenszenarien reicht von der Finanz- und Schuldenkrise über die Staatskrise und Legitimationskrise bis zur Energiekrise, von der Krise der Familie über die Rentenkrise, die Krise des Bildungs- und Mediensystems bis zur Krise der alternden Gesellschaft. Aber auch die Krise des Politischen, der Öffentlichkeit, der Parteien und

der Demokratie, wie auch die Krise der Institutionen sind längst ausgerufen, sodass für die Gegenwart der Eindruck allumfassender Vertrauens-, Erwartungs- und (ökologischer wie ökonomischer) Systemkrisen ebenso entsteht wie damit einhergehend die Vorstellung kontinuierlicher (politischer) Handlungszwänge. Damit verbunden sind unweigerlich auch biographische Krisen oder Krisen des Subjekts.

Das allgemeine gesellschaftliche Bewusstsein, dass die deutsche wie andere Gegenwartsgesellschaften in globaler Perspektive in eine neuartige Krisenkonstellation eingetreten sind, erfährt im europäischen Raum unter dem Label Euro(pa)krise dann nochmals eine erhebliche Zuspitzung: Befürchtet werden der Verlust des Zusammenhalts für einen über Jahrhunderte durch Kriege zerrissenen Kontinent, sich im Gefolge einer weltweiten Finanzkrise entwickelnde Renationalisierungen, soziale Verwerfungen sowie voranschreitende und nicht reversible Asymmetrien und Friktionen nach gesellschaftlichen Transformationsprozessen und Strukturbrüchen, die sich etwa durch soziale Ungleichheiten und (globale) Migrationsbewegungen ausdrücken. In globaler Perspektive sind mit Blick auf „Krisenherde“ im Nahen und Mittleren Osten oder auch in einzelnen Ländern Südamerikas oder Afrikas zudem tiefgreifende politische und humanitäre Krisen zu konstatieren. Die gegenwärtig anhaltende und nachhaltige Präsenz des Krisenbegriffs bestätigt so in besonders anschaulicher Art und Weise die ältere Feststellung von Reinhart Koselleck, der zufolge die Krise zur „strukturellen Signatur der Neuzeit“ und damit zur Routine geworden sei.

Spezifische, strukturell krisenhafte Phänomene dokumentieren sich aktuell u. a. in einer in vielen europäischen Staaten erdrückend hohen Jugendarbeitslosigkeit, in Entkopplungen generationsspezifischer Zukunftshoffnungen und -erwartungen, in der Verminderung von Chancen auf soziale Eigenständigkeit gerade auch für junge Generationen, in der Angst um den Verlust von privaten wie öffentlichen Vorsorgeleistungen für Alter und Gesundheit, in Erfahrungen und Zumutungen von Prekarisierungen, in ökologischen Gefährdungen, in einem zunehmenden politischen Populismus u. a. m. Ohne solche Befunde aktuell um sich greifender Zukunftsängste und gesamtgesellschaftlicher Erosionsprozesse zu leugnen, ist für die soziologische Analyse jedoch zugleich auf die *longue durée* sozio-historischer Prozesse zu verweisen: Diese ermöglicht es, aktuell als einzigartig Begriffenes in diachron wie synchron vergleichender Perspektive einzuordnen. Gerade die Soziologie weiß aufgrund ihres entstehungsbedingten Selbstverständnisses als Krisenwissenschaft um die Dauerpräsenz des Krisentopos. Der subjektive Eindruck der Außeralltäglichkeit der Krise bricht sich an der objektiven Alltäglichkeit ihrer öffentlichen Dauerpräsenz. Entsprechend werden durch die Krise der Routinen die Routinen der Krise zum Thema für die Soziologie.

Dabei hat das anhaltende Krisenbewusstsein womöglich längst zu einer Wahrnehmungskrise geführt: Die Allgegenwart diagnostizierter Krisenhaftigkeit impliziert im Umkehrschluss nur allzu leicht das Risiko ihrer potenziellen Enttarnung als „Gerede“. Es gilt dabei der Vorbehalt, dass im historischen Prozess kaum Zeiten identifizierbar sind, die sich selbst nicht als krisenhaft begriffen hätten – was den diagnostischen Wert jedweder Krisenformel einzuschränken vermag. Gleichwohl folgt aus der erforderlichen Entdramatisierung der Krisendiagnostik kein Votum für eine Gleichgültigkeit gegenüber tiefgreifenden und beschleunigten gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, gegenüber Bedrohungen gesellschaftlicher Infrastrukturen, gegenüber der Verunsicherung oder

dem Wegbrechen generationeller Lebensentwürfe und individueller Zukünfte, gegenüber strukturellen Blockaden politischer wie gesellschaftlicher Reformen sowie gegenüber den EntROUTINISIERUNGEN sozialer Handlungsformen. Vielmehr wird für jede Form der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse die Notwendigkeit einer Schärfung historisch-vergleichender Strukturanalysen deutlich. Denn Vorbehalte gegen die analytische Trennschärfe der Krisenbegrifflichkeit lassen sich nur dann präzise benennen und nachhaltig thematisieren, wenn die Disziplin erstens die als krisenhaft bezeichneten Situationen empirisch ausleuchtet, zweitens in komparativer Perspektive mögliche Besonderheiten aktueller Szenarien herausarbeitet und – vor diesem Hintergrund – drittens die Frage nach Angemessenheit und Deutungspotenzial der Krisensemantik stellt.

Grundsätzlich kann jede Krise zunächst als Folge vorhergehender Ereignisse und als Vorlauf zukünftig noch zu fällender Entscheidungen verstanden werden. Somit impliziert – in zeitlich-sequentieller Hinsicht – das Begreifen einer gegenwärtigen Situation als Krise zugleich ein Verständnis dieser Gegenwart als Übergangsstadium im Hinblick auf eine noch offene Zukunft. Krisensituationen können somit – gerade wenn sie als existenziell gefährdend wahrgenommen werden – die Annahme und Erwartung erschüttern, dass gesellschaftliche Strukturen alternativlos sind. Damit erschließen Krisendeutungen einerseits Kritikoptionen. Ein fortgesetztes Proklamieren von Krisenzeiten kann andererseits jedoch ebenso zu einer Apathie gegenüber allzu routinisiert als krisenhaft gedeuteten Gegenwartsverhältnissen führen. So stehen der öffentliche Krisendiskurs und immer wieder aufflammende Protestszenarien in einem eigentümlichen Kontrast zur verbreiteten Haltung eines schlichten „Weiter so“. Die konstatierte Krise geht dann – als dauerhafter Übergangszustand – einher mit einer bemerkenswerten Kontinuität von Urteilmustern sowie Handlungs- und Entscheidungsformen.

**II. Soziologie der Krise.** Die Soziologie ist in besonderer Weise auf die Diagnose von Krisen bezogen. Aufgrund ihrer disziplinären Entstehungsbedingungen im Zuge der epochalen Umwälzungen gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts konstituierte sie sich historisch als Krisenwissenschaft. Darüber hinaus hat die Soziologie sich stets auch als Seismograph gesellschaftlicher Veränderungen begriffen. In diesem Sinne hat das Fach an Veränderungen der historischen Semantik teil: Der Begriff der Krise ist ein Begriff der Neuzeit und als solcher häufig Leitmetapher gesellschaftlicher Selbstwahrnehmung und Selbstbeschreibung unter den Vorzeichen forcierter Modernität.

Die Geschichte der Soziologie, die sich als wissenschaftliche Disziplin von Anfang an auf Krisen moderner Gesellschaften bezogen hat, ist geprägt von Krisendiagnosen, die ganz unterschiedliche Akzentuierungen vornehmen. Exemplarisch stehen dafür die Diagnosen von Karl Marx, Émile Durkheim und Max Weber. Ausgehend von ökonomischen Veränderungen rechnet Marx der modernen Gesellschaft die Kosten des Modernisierungsprozesses in Gestalt von Ausbeutung und Entfremdung vor. Krisen sind für den in Trier geborenen Marx ein notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Ökonomie. Ein beständiger Wechsel von Prosperität und Krise gilt ihm als dem Kapitalismus immanentes Strukturgesetz. Durkheim verweist hingegen kulturell-normativ auf Anomisierungs- und Demoralisierungsprozesse im Zuge der gesellschaftlichen „Modernisierung“, deren Krisentendenz er insbesondere an einem exzessiven Individualismus festmacht, der die sozio-moralischen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenhalts erodieren lasse. Webers

Diagnose hat demgegenüber stärker einen institutionell-politischen Akzent. Sie betont u. a. den Sinn- und Freiheitsverlust aufgrund der für moderne Gesellschaften prägenden Pluralisierung von „Wertsphären“ und den damit einhergehenden Reflexivierungsschub einerseits und die Ausbildung des „ehernen Gehäuse der Hörigkeit“ ihrer Bürokratien andererseits. So sind mit den drei klassischen soziologischen Diagnosen von Marx, Durkheim und Weber historisch wie systematisch die drei wirkungsmächtigsten Typen von Modernisierungskritik vorgezeichnet: die einer Ökonomisierung des Sozialen, die einer Orientierungskrise und die der Bürokratisierung und Verrechtlichung der Gesellschaft.

Angesichts der Geschichte der Soziologie und des damit verbundenen Selbstverständnisses der Disziplin muss es überraschen, dass der inflationären Verwendung des Krisenbegriffs keine entsprechende soziologische Reflexion gegenübersteht. Als Chiffren für den Krisenbegriff fungieren in der Soziologie zumeist die Begriffe der gesellschaftlichen Paradoxien, der sozialen Widersprüche, der Ambivalenzen, der gesellschaftlichen Dialektik, des Risikos oder auch der Nebenfolgenproblematik. Mit Blick auf die ebenfalls verwendete Katastrophenmetapher ist dabei offenkundig, dass Krisen weder notwendig noch ausschließlich als katastrophisch zu begreifen sind. Letzteres insinuiert Niedergang, Auflösung oder Untergang, während Krisen – als Transformationsprozesse – stets auch in ihrer Produktivität zu begreifen sind. Krisenszenarien eröffnen Gelegenheitsstrukturen und beschreiben ein stets ambivalentes Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität. Es stellt sich die Frage, ob Krisen nicht vor allem als signifikante Konstellationen zu begreifen sind, als Schwellenphänomene, die Pfadabhängigkeiten für zukünftige Entwicklungen implizieren.

Systematische Arbeit am Krisenbegriff steht in der Soziologie gleichwohl noch weitgehend aus. Im Kern lassen sich mehrere Defizite der bisherigen Beschäftigung der Soziologie mit Blick auf den Krisenbegriff identifizieren: a) es fehlt an einer Problematisierung, warum und worauf der Krisenbegriff Anwendung findet oder welche gesellschaftlichen Zusammenhänge jeweils aufgrund welcher Kriterien als krisenhaft angesehen werden; b) es ist unklar, was als Krise – und wie – soziologisch zu beschreiben ist; c) es stehen methodologische Reflexionen über den heuristischen Wert des Krisenbegriffs für theoretische wie empirische Forschung aus; d) in zeitdiagnostischer Hinsicht sind die Analysen der aktuellen Krisenszenarien und Krisenkonjunkturen zu vertiefen und e) mangelt es an komparativen Analysen von Krisen, die es ermöglichen würden, unterschiedliche Typen, Grade und Verlaufsmuster von Krisen – und damit den Krisenbegriff insgesamt – empirisch begründet zu differenzieren.

**III. Krisenzeiten.** Das Titelthema des Kongresses „Routinen der Krise – Krise der Routinen“ weist somit drei Dimensionen auf:

Erstens knüpft das Kongressthema unmittelbar an das historische Selbstverständnis der Disziplin als einer Krisenwissenschaft an, die sich stets reflexiv ihrer eigenen Grundlagen im Kontext sich verändernder gesellschaftlicher Konstellationen zu vergewissern hat und damit zugleich in besonderem Maße als irritierbar erscheint. Insofern bezieht sich das mit dem Thema „Routinen der Krise – Krise der Routinen“ angesprochene Spannungsverhältnis auf die Soziologie in ihrem konstitutiv reflexiven Wissenschaftsverständnis. Dieses bedingt eine auf Dauer gestellte Klärung ihrer empirischen wie konzeptionellen Grundlagen. In diesem Sinn zielt der Titel des Kongresses auf das disziplinäre Bewusst-

sein einer kontinuierlichen Revisionsbedürftigkeit der eigenen konzeptionellen, begrifflichen und empirischen Grundlagen.

Zweitens werden mit dem Titelthema des Kongresses die aktuell wieder aufkommenden Debatten zur Krise des disziplinären Selbstverständnisses der Soziologie aufgegriffen. Historisch ist die Soziologie insbesondere stark von der europäischen Philosophie, der Nationalökonomie und den auf kulturwissenschaftliche Fragestellungen fokussierten Geisteswissenschaften geprägt worden. Demgegenüber sind die Differenzen und Berührungspunkte zu den ökonomischen Wissenschaften, zur Geschichtswissenschaft und zur Ethnologie in den letzten Jahrzehnten vergleichsweise unscharf geblieben und neu zu justieren. Zugleich ist die Debatte zum disziplinären Selbstverständnis der Soziologie vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen der lebenswissenschaftlich ausgerichteten Natur- und Neurowissenschaften zu vertiefen.

Drittens – und nicht zuletzt – stellt das Kongressthema wesentlich auf die aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erosionsprozesse ab sowie auf den Umstand ihrer alltäglichen, außerwissenschaftlichen wie auch wissenschaftlichen Deutung und Bearbeitung als Krise. Somit nimmt das Kongressthema die gegenwärtig dominante Deutung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen als krisenhaft auf. War historisch das Krisenbewusstsein des Aufklärungszeitalters dabei noch von der Gewissheit eines möglichen utopischen Ausgriffs flankiert, so ist in der Gegenwart von einem umgekehrten Szenario auszugehen: Die Gewissheit der Krise ist identisch mit den Ungewissheiten einer offenen Zukunft, wenn nicht gar mit der Vorstellung eines Zukunftsverlustes. Insofern verweist die Inflationierung der Krise auch auf die Auflösung ihres Gegenteils: der routinierten gesellschaftlichen Normalität.

Diese aktuellen Konstellationen stellen für gesamtgesellschaftliches Handeln wie für die wissenschaftliche Reflexion eine besondere Herausforderung dar, der sich der 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2014 in Trier stellen will. Damit wendet er sich gleichrangig der Frage akademischer Verantwortung in Krisensituationen und möglicher Beiträge einer problembezogenen Wissenschaft zur Bewältigung dieser Krisen zu.

**IV. Fragestellungen des Kongresses.** Vor dem skizzierten Hintergrund lassen sich die Fragen, die der Trierer Kongress insbesondere stellen will, zu thematischen Perspektiven bündeln:

Prozesse der Krisenentstehung und Krisenbearbeitung: Welche Ursachen und Gründe lassen sich für gesellschaftliche Krisen ausmachen? Wer oder was ist verantwortlich für Krisen? Gibt es verantwortliche Handelnde oder nur strukturelle Ursachen? Welche Reaktionen auf Krisen lassen sich identifizieren? Welche Transformationsoptionen werden angesichts von Krisenszenarien erwogen? Wer sind die Träger/innen ihrer Deutung? Welche Rolle spielt Bildung bzw. das Bildungssystem sowohl für die Produktion gesellschaftlicher Krisen(lagen) als auch für deren Lösung(en)? Aufgrund welcher Kriterien gelten die einen als Krisenverlierer/innen und die anderen als Krisengewinner/innen?

Krisenwahrnehmung und Krisenkommunikation: Wie werden Krisen kommunikativ produziert? Wie funktionieren „Krisen“ als Legitimationsstrategien u. a. für politisches Handeln? Lassen sich divergierende Krisenwahrnehmungen bei verschiedenen sozialen Schichten, Milieus oder Klassen identifizieren, und welche Bedeutung kommt diesen

für die gesellschaftliche Beobachtung und Bearbeitung von Krisen zu? In welchen Räumen werden die Krisen sichtbar, wie schaffen und verändern sie diese, und an welchen Orten manifestieren sie sich? Wie und wo werden Krisen verhandelt und beendet? Welche Unterschiede lassen sich zwischen den Krisenwahrnehmungen von Zeitgenossen und den ex post erfolgenden Zurechnungen auf Krisen ausmachen? Wodurch und aufgrund welcher Kriterien verschieben sich Relevanzhorizonte der Wahrnehmung und des Nachdenkens über Krisen? Inwiefern werden Krisenwahrnehmungen ihrerseits zur Routine? Unter welchen Voraussetzungen wird diese Routine, dieser Normalfall der Krise, dann selbst als Krise begriffen?

Akteure (in) der Krise: Wer sind die Handelnden einer Krise? Wem wird sogenannte „Krisenexpertise“ zugerechnet? Wer verfügt über die Deutungsmacht, etwas als „Krise“ auszurufen? Inwiefern unterscheiden sich Krisendeutungen von (politischen, ökonomischen, kulturellen) Eliten auf der einen Seite und des gesellschaftlichen Diskurses (der „öffentlichen Meinung“) auf der anderen Seite? Welche Deutungsmacht haben Professionen? Wie machen sich gesellschaftliche Krisen als biographische Krisen bemerkbar und wie schreiben sie sich in körperliche Erfahrungsmodi und Routinen ein? Wie versuchen die Individuen Krisenerfahrungen mittels spezifischer Körperpraxen zu verarbeiten?

Sozio-historische Prozesse und Strukturen: Inwiefern sind Krisen als disruptiver sozialer Wandel, als historische Strukturveränderungen oder als gesellschaftliche Strukturbrüche identifizierbar? Inwiefern ist die Thematisierung von Krisen an eine zyklische Vorstellung sozialen Wandels gebunden? Wann wird eine Krise als Übergangsphase gedeutet, der typischer Weise vermeintlich bessere Zeiten folgen? Und wann erfolgt dies nicht?

Im Anschluss an die aufgeworfenen Fragen sollen auf dem 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2014 in Trier die Konturen einer Soziologie der Krise abgesteckt werden. Die Mehrdimensionalität des Krisenbegriffs, seine wechselnden Bezüge sowohl auf kurzfristige Ereignisse als auch auf längerfristige Veränderungen sowie seine Offenheit für sozio-politische, sozio-ökonomische, sozio-kulturelle und sozio-psychische Konstellationen sind dabei analytisch zu schärfen. Das Ausloten des facettenreichen Krisenbegriffs wie des Spannungsverhältnisses von Krisen und Routinen eröffnet der Soziologie somit die Chance, das für die Disziplin konstitutive Spannungsverhältnis zwischen Diagnose und Prognose neu zu durchmessen.

## **Gastland**

Gastland des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Trier ist Polen, dessen (nicht nur jüngere) Geschichte wie die kaum eines anderen europäischen Landes mit der Vergangenheit Deutschlands verzahnt ist. Dabei sind es nicht zuletzt Kriege, Besetzungen sowie politische, ökonomische und gesellschaftliche Krisen, die die historischen und topografischen Räume beider Länder miteinander verschränken. Die jüngeren soziologischen Reflexionen in Polen sind durch diese Geschichte geprägt. Die Wahl Polens als Gastland trägt somit nicht nur dem Kongressthema und den wissenschaftlich engen Kontakten zwischen beiden Ländern Rechnung, sondern sie will diese transnationale Kooperation in europäischer Perspektive weiter stärken.

## Call for Papers

### **Freiburger Zeitschrift für Geschlechter Studien (fzg) zum Thema: „Medizin – Gesundheit – Geschlecht“**

Eine rege Publikationsaktivität im Bereich der Gendermedizin lässt aufhorchen: In den letzten zehn Jahren hat sich die Anzahl wissenschaftlicher Gendermedizin-Artikel in bio-medizinischen Zeitschriften vervielfacht und allein in den letzten zwei Jahren sind fünf breit angelegte Gendermedizin-Lehrbücher erschienen (Kautzky-Willer 2012; Oertelt-Prigione/Regitz 2012; Schenck-Gustafsson 2012; Goldman/Troisi/Rexrode 2013; Miemitz/Polikashvili 2013). Diese Entwicklung wirft verschiedene Fragen auf: Worauf weisen diese Aktivitäten? Worin liegt das Neue und Innovative dieser Arbeiten? Welche Themen be- und verhandeln sie? Wie wird Geschlecht in diesen Arbeiten konzeptionalisiert? Wie wird die Gendermedizinforschung präsentiert? Was fließt mit den Arbeiten zu „Sex und Gender in der Biomedizin“ in die medizinische Literatur ein? Welche Konsequenzen haben diese Überlegungen für die klinische Praxis und die empirische Forschung? Haben sie Rückwirkungen auf die sozial-, kultur- und geisteswissenschaftliche Genderforschung?

Es fragt sich insbesondere, ob es bei dieser Entwicklung nicht nur um einen „Nachtrag zur Wissenschaftsgeschichte“ und um Qualitätsverbesserung in der gesundheitlichen Versorgung geht, sondern auch darum, ob der Geschlechterbegriff erneut verhandelt wird. Was wird zum Gegenstand von medizinischen oder auf Gesundheitsfragen bezogenen sex/gender-Analysen und wie werden diese durchgeführt und interpretiert? Wie wird mit Unterschieden umgegangen? Werden sie betont, thematisiert, relativiert, wie erklärt, womit wird ihre Relevanz begründet? Die Ausgabe der Freiburger Zeitschrift für Geschlechter Studien mit dem Themenschwerpunkt Medizin – Gesundheit – Geschlecht soll diese Fragen thematisieren.

Die Einladung zur Eingabe von Beiträgen richtet sich ebenso an genderforschende Medizinerinnen und Mediziner wie an Genderforschende, welche sich aus geisteswissenschaftlicher, wissenschaftssoziologischer oder inter-/transdisziplinärer Perspektive mit Körper, Körperlichkeit, Gesundheit, gesundheitlicher Betreuung, Public Health oder mit Gesundheitspolitiken befassen.

Bitte reichen Sie Ihren deutsch- oder englischsprachigen Text zum Thema Medizin – Gesundheit – Geschlecht bis zum 26. Oktober 2014 bei [fzg@zag.uni-freiburg.de](mailto:fzg@zag.uni-freiburg.de) ein. Der Artikel sollte max. 40.000 Zeichen (inkl. Literaturverzeichnis) umfassen. Voranzustellen sind eine max. zehnzeilige Zusammenfassung (Abstract) und fünf keywords (jeweils: deutsch + englisch). Eine Rezension zum Themenschwerpunkt sollte max. 12.000 Zeichen umfassen (jeweils inkl. Leerzeichen). Die fzg publiziert ausschließlich Originalbeiträge. Wir bitten Sie, uns dies mit der Einsendung des Artikels zu bestätigen. Ein Formular dazu sowie die Richtlinien zur Formatierung des Texts finden Sie auf unserer Website: <http://www.fzg.uni-freiburg.de>.